



Makroausblick 2026

Volkswirtschaft

Jan — Feb — Mär — Apr — Mai — Jun — Jul — Aug — Sep — Okt — Nov — Dez

Wichtige Informationen und Hinweise

Bei dieser Information handelt es sich um eine Marketingmitteilung. Bei dieser Information und bei Referenzen zu Emittenten, Finanzinstrumenten oder Finanzprodukten handelt es sich nicht um eine Anlagestrategieempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 34 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 oder um eine Anlageempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 35 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 jeweils in Verbindung mit § 85 Absatz 1 WpHG. Als Marketingmitteilung genügt diese Information nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen und unterliegt keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen. Diese Information soll Ihnen Gelegenheit geben, sich selbst ein Bild über eine Anlagemöglichkeit zu machen. Es ersetzt jedoch keine rechtliche, steuerliche oder individuelle finanzielle Beratung. Ihre Anlageziele sowie Ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse wurden ebenfalls nicht berücksichtigt. Wir weisen daher ausdrücklich darauf hin, dass diese Information keine individuelle Anlageberatung darstellt. Eventuell beschriebene Produkte oder Wertpapiere sind möglicherweise nicht in allen Ländern oder nur bestimmten Anlegerkategorien zum Erwerb verfügbar. Diese Information darf nur im Rahmen des anwendbaren Rechts und insbesondere nicht an Staatsangehörige der USA oder dort wohnhafte Personen verteilt werden. Diese Information wurde weder durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft noch durch andere unabhängige Experten geprüft. Die zukünftige Wertentwicklung eines Investments unterliegt unter Umständen der Besteuerung, die von der persönlichen Situation des Anlegers abhängig ist und sich zukünftig ändern kann. Renditen von Anlagen in Fremdwährung können aufgrund von Währungsschwankungen steigen oder sinken. Mit dem Kauf, dem Halten, dem Umtausch oder dem Verkauf eines Finanzinstruments sowie der Inanspruchnahme oder Kündigung einer Wertpapierdienstleistung können Kosten entstehen, welche sich auf die erwarteten Erträge auswirken. Bei einem Fondsinvestment werden stets Anteile an einem Investmentfonds erworben, nicht jedoch ein bestimmter Basiswert (z.B. Aktien an einem Unternehmen), der vom jeweiligen Fonds gehalten wird. Die in diesem Dokument enthaltenen Aussagen basieren entweder auf eigenen Quellen des Unternehmens oder auf öffentlich zugänglichen Quellen Dritter und spiegeln den Informationsstand zum Zeitpunkt der Erstellung der unten angegebenen Präsentation wider. Nachträglich eintretende Änderungen können in diesem Dokument nicht berücksichtigt werden. Angaben können sich durch Zeitablauf und/oder infolge gesetzlicher, politischer, wirtschaftlicher oder anderer Änderungen als nicht mehr zutreffend erweisen. Wir übernehmen keine Verpflichtung, auf solche Änderungen hinzuweisen und/oder eine aktualisierte Information zu erstellen. Wichtige Hinweise und Informationen zu Index- und Marktdaten finden Sie unter <https://www.berenberg.de/rechtliche-hinweise/lizenzhinweise/>. Wir weisen darauf hin, dass frühere Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung sind und dass Depotkosten entstehen können, die die Wertentwicklung mindern. Zur Erklärung verwandter Fachbegriffe steht Ihnen auf www.berenberg.de/glossar ein Online-Glossar zur Verfügung. Das in dieser Unterlage verwendete Bildmaterial dient ausschließlich zu illustrativen Zwecken. Es stellt keinen Bezug zu spezifischen Produkten, Dienstleistungen, Personen oder tatsächlichen Situationen her und ist nicht als Grundlage für Entscheidungen oder Handlungen zu verstehen.

Datum 02.03.2026

Das große Bild



Konjunktur und Wachstum: Die entscheidende Frage im Iran-Konflikt für die Weltwirtschaft lautet: Wird die Straße von Hormus für mehr als ein paar Wochen effektiv für Öl- und Gasexporte geschlossen sein? Falls ja, würde dies das globale Wachstum beeinträchtigen und die globale Inflation deutlich erhöhen. Es erscheint jedoch unwahrscheinlich, dass der Iran die Meerenge dauerhaft schließen könnte. Dafür ist ihre strategische Bedeutung viel zu groß. Vermutlich würden die USA und möglicherweise auch Saudi-Arabien sofort eingreifen, um die Route offenzuhalten und den Ölfluss zu sichern. Insgesamt überwiegt daher beim Blick auf 2026 daher trotz einer Vielzahl von wirtschaftlichen, finanziellen und (geo-)politischen Risiken die Zuversicht. Die Niedrigzinsen vieler Zentralbanken sowie die expansive Fiskalpolitik in den USA und Deutschland werden die Konjunktur auf beiden Seiten des Atlantiks stützen. Während die US-Wirtschaft derzeit noch von einem KI-Boom belebt wird, werden die protektionistische Handels- und die restriktive Einwanderungspolitik mittelfristig zu einem geringeren US-Trendwachstum führen. China kämpft derweil, zusätzlich zum Außenhandelsstreit, weiterhin mit Problemen im Immobiliensektor und einer Verunsicherung der Verbraucher. Der fiskal- und geldpolitische Stimulus hilft bedingt, löst aber nicht die langfristigen Probleme. Der europäischen Industrie weht hingegen der Wind aus Übersee scharf ins Gesicht. Bei rückläufigen Ausfuhren in die USA und China muss das Wachstum aus der Binnenwirtschaft kommen. Die Reformfolge in Südeuropa sowie die niedrigen Zinsen der EZB und der deutsche Fiskalimpuls sprechen dafür, dass die Euro-Wirtschaft 2026 in etwa mit ihrer Trendrate von 1,3 % zulegen kann. Mit 0,8 % bleibt Deutschland erneut dahinter zurück, aber weniger als in den Vorjahren.



Inflation: Insbesondere in den USA und Großbritannien könnten die Inflationsraten noch einige Zeit über dem Ziel der Notenbanken von 2 % liegen. Mittelfristig werden auf beiden Seiten des Atlantiks strukturelle Gründe wie die demografische Entwicklung und Investitionen in Klimaneutralität den Inflationsdruck auf einem höheren Niveau halten. In der Eurozone kommt auch noch der deutliche Anstieg der Militärausgaben und das deutsche Fiskalpaket hinzu. Langfristig dürfte sich die Inflation daher bei etwa 2,5 % anstatt bei 2 % einpendeln.



Geldpolitik: Der Inflationsdruck wird es der Federal Reserve (Fed) voraussichtlich nicht erlauben, die Leitzinsspanne tiefer als auf 3,25 - 3,50 % abzusenken. Die Bank of England (BoE) wird den Leitzins voraussichtlich bis zum Ende 2026 langsam auf 3,0 % reduzieren. Im Gegensatz dazu wird die Europäische Zentralbank (EZB) den Einlagesatz dieses Jahr höchstwahrscheinlich bei 2,0 % belassen. Für die Jahre 2027–2028 rechnen wir damit, dass die EZB den Leitzins schrittweise wieder auf 3,0 %, die Fed auf 3,75–4,00 % und die BoE auf 3,5 % anheben wird.



Zinsen: Geopolitische Risiken und die Flucht in sichere Staatsanleihen haben zuletzt zu einem leichten Sinken der Renditen von Staatsanleihen geführt. Angesichts der auch zukünftig hohen Staatsausgaben und der strukturell höheren Inflation in Europa und den USA erwarten wir jedoch mittelfristig einen moderaten Renditenanstieg. Da die Bank of England den Leitzins voraussichtlich noch um 75 Basispunkte senken wird, könnten die Renditen in Großbritannien hingegen etwas nachgeben.

Makroökonomischer Blick auf die Welt



Eurozone

Der europäischen Industrie weht der Wind aus Übersee scharf ins Gesicht. Bei rückläufigen Ausfuhren in die USA und China muss das Wachstum aus der Binnenwirtschaft kommen. Stützend wirken die Reformerfolge in Südeuropa sowie der deutsche Fiskalimpuls. Positiv machen sich zudem die niedrigen Zinsen der EZB und der stabile Arbeitsmarkt bemerkbar. Wir rechnen damit, dass die Euro-Wirtschaft 2026 in etwa mit ihrer Trendrate von 1,3 % zulegen kann. Alles in allem ist der Ausblick für 2026 somit moderat, aber auch nicht schlecht. Die größte Gefahr geht derzeit von einer weiteren Eskalation im Iran-Konflikt aus.



USA

Derzeit profitiert die US-Wirtschaft von einem KI-Boom. Mittelfristig werden jedoch höhere Einfuhrzölle, Vergeltungsmaßnahmen anderer Länder und eine geringere Zuwanderung unter Trump das Trendwachstum in den USA schwächen. Das Haushaltsdefizit verharrt bei rund 6 % des BIP, während der Schuldenstand weiter rasant ansteigt. Die US-Notenbank befindet sich derzeit in einer schwierigen Lage: Zum einen machen sich die Zölle in Form von steigenden Preisen bemerkbar, zum anderen kühlt sich der Arbeitsmarkt mittlerweile etwas ab. Der anhaltende Inflationsdruck begrenzt den Spielraum für weitere Zinssenkungen der US-Notenbank.



Deutschland

Externe Faktoren wie die US-Zölle und die zunehmende chinesische Konkurrenz, gepaart mit strukturellen Problemen, sind der Grund dafür, dass die deutsche Wirtschaft seit Jahren nicht vom Fleck kommt. Das umfangreiche Fiskalpaket wird im Jahr 2026 dabei helfen, die deutsche Konjunktur anzukurbeln. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe haben bereits deutlich angezogen. Damit die Mehrausgaben jedoch nicht nur ein teures Strohfeuer erzeugen, sind begleitende Reformen erforderlich, um Deutschland wieder nachhaltig auf den Wachstumskurs zu bringen.



China

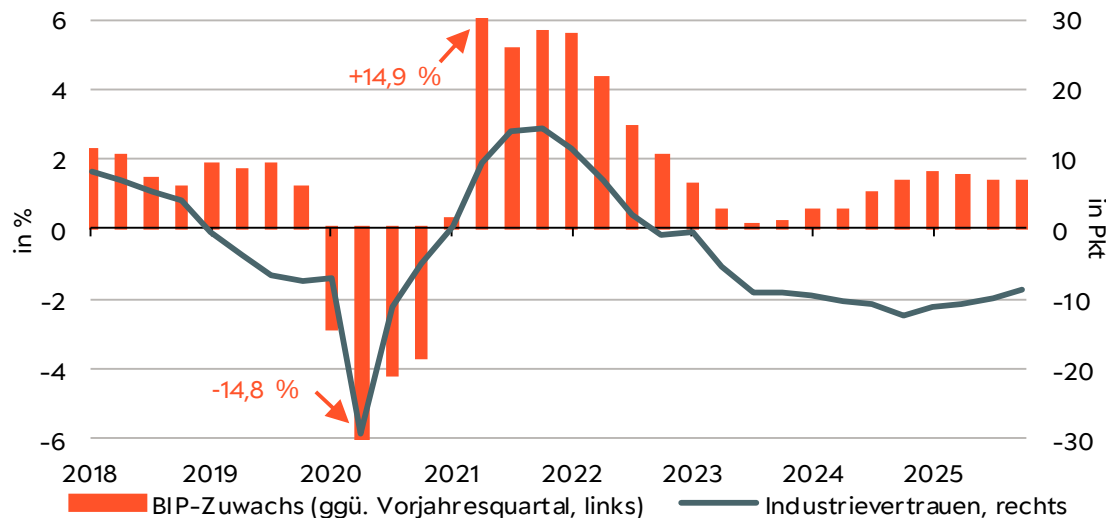
Auch 4 Jahre nach dem Platzen der Immobilienblase ist die chinesische Gesellschaft noch immer verunsichert. Dies belastet den privaten Verbrauch ebenso wie die Investitionen. Die Regierung versucht, mit Stimuli gegenzusteuern. Während die Binnennachfrage weiterhin schwach ist, versucht Peking bei den Exporten mit hohen Ausgaben Weltmarktanteile zu erkaufen. Die Maßnahmen helfen, die Wirtschaft zu stützen, doch ein deutlicher Aufschwung ist nicht zu erkennen. Auch für die kommenden Jahre ist mit für chinesische Verhältnisse niedrigen Wachstumsraten, die sich Richtung 4 % bewegen, zu rechnen.

Eurozone

Erneute Unsicherheit durch die US-Zölle

- Trotz erheblicher externer Gegenwinde durch die Trump-Zölle und die chinesische Exportoffensive wuchs die Wirtschaft der Eurozone im Jahr 2025 um 1,5 %. Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA, einen Teil der von Trump verhängten Zölle für unrechtmäßig zu erklären, sowie der Versuch des Weißen Hauses, die Zölle auf anderem Wege aufrechtzuerhalten, haben zuletzt wieder für Unsicherheit gesorgt. Wir rechnen jedoch damit, dass man sich zeitnah auf ein Abkommen verständigen kann.
- Die ökonomischen Frühindikatoren deuten auf einen guten Jahresstart für die Eurozone hin. Im Jahresverlauf werden sich die gelockerte Geldpolitik der EZB, die hohen Staatsausgaben und der stabile Arbeitsmarkt positiv bemerkbar machen. Wir rechnen mit einem BIP-Wachstum in Höhe von 1,3 % für 2026.

Eurozone BIP-Wachstum und Industrievertrauen

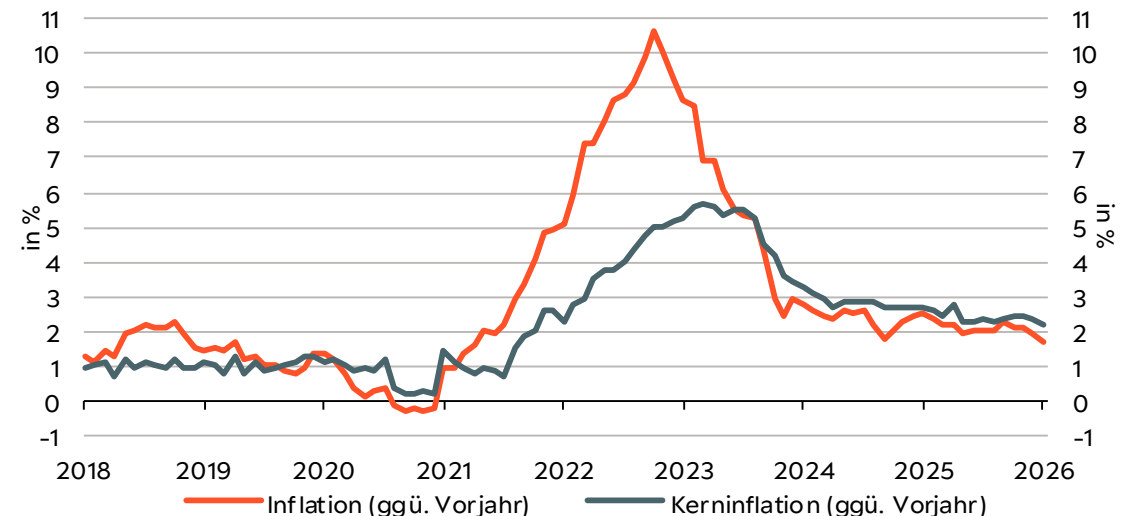


Zeitraum: 01/2018 – 12/2025

Iran-Konflikt könnte Wachstum schwächen und Inflation erhöhen

- Bei ihrer letzten Sitzung am 5. Februar hat die EZB ihren Einlagesatz bei 2,0 % belassen und damit weiteren Zinssenkungsfantasien eine Absage erteilt. Die Eskalation im Nahostkonflikt wird daran voraussichtlich nichts ändern. Lediglich in einem Extremfall, in dem die Straße von Hormus für Öl- und Gaslieferungen über einen längeren Zeitraum geschlossen bleibt, könnte sich der Druck auf die EZB durch hohe Energiepreise erhöhen.
- Ein anhaltender Anstieg des Ölpreises um 15 US-Dollar pro Barrel könnte das Niveau der Verbraucherpreise in der Eurozone um fast 0,5 % erhöhen und den Anstieg der verfügbaren Einkommen entsprechend einschränken. Die EZB würde einen durch Energiepreise getriebenen Inflationsanstieg aber voraussichtlich durchschauen und im Notfall sogar konjunkturstützende Zinssenkungen durchführen.

Eurozone Inflation (ggü. Vorjahr)



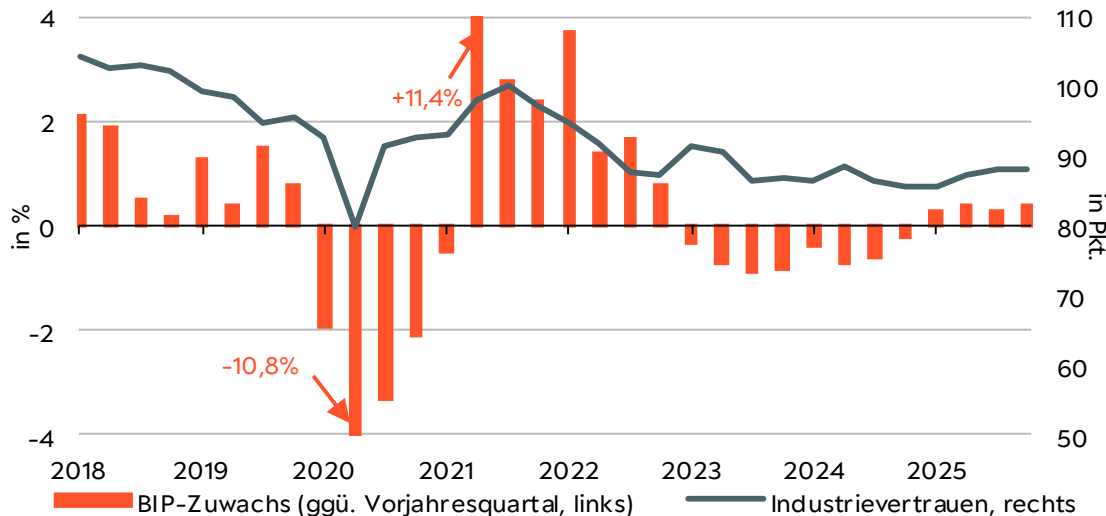
Zeitraum: 01/2018 – 01/2026

Deutschland

Deutschland löst sich langsam aus der Stagnation

- Das deutsche BIP ist 2025 lediglich um 0,3 % gewachsen. Somit liegt die deutsche Wirtschaftskraft weiterhin unter dem Vorkrisenniveau aus dem Jahr 2019. Das umfassende Fiskalpaket der Bundesregierung macht sich aber zunehmend in der Realwirtschaft bemerkbar. So lag das Wachstum im Schlussquartal 2025 bei 0,3 Prozent im Vergleich zum Vorquartal. Bei den Auftragseingängen in der Industrie ist bereits eine leichte Erholung erkennbar. Die deutsche Wirtschaft wird im Jahresverlauf voraussichtlich etwas an Schwung aufnehmen.
- Damit die Mehrausgaben jedoch nicht nur ein teures Strohfeuer erzeugen, sind begleitende Reformen erforderlich. Die Liste der strukturellen Probleme ist lang. Die Wirtschaft leidet unter zu viel Bürokratie, dem Fachkräftemangel, hohen Energiekosten sowie den steigenden Lohnnebenkosten.

Deutsches BIP und ifo-Geschäftsklima

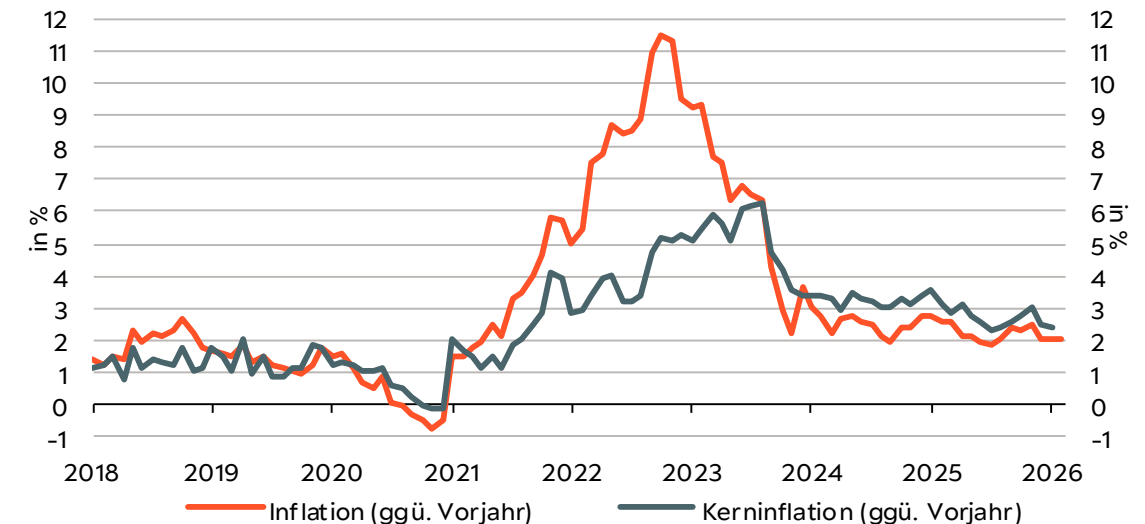


Zeitraum: 01/2018 – 12/2025

Inflation auf Zielniveau, Iran birgt ein Aufwärtsrisiko

- Die harmonisierte Inflationsrate ist im Februar von 2,1 auf 2,0 % gesunken. Insbesondere im Dienstleistungssektor ist der Inflationsdruck weiterhin hoch. Dämpfend wirken sich hingegen insbesondere die sinkenden Energiepreise aus.
- In den kommenden Monaten wird sich die deutsche Inflationsrate voraussichtlich nahe der 2-Prozent-Marke seitwärts bewegen. Sollte der Iran-Konflikt jedoch länger andauern, könnte der Inflationsdruck durch gestiegene Energiepreise etwas zunehmen. Mittelfristig könnten hingegen auch die geplanten Mehrausgaben der Regierung zu einer etwas höheren Inflationsrate beitragen. Aufgrund des demografischen Wandels und des damit einhergehenden Arbeitskräftemangels wird der Lohndruck voraussichtlich hoch bleiben. Dies wird insbesondere im arbeitsintensiven Dienstleistungssektor zu spüren sein.

Deutschland harmonisierte Inflation (ggü. Vorjahr)



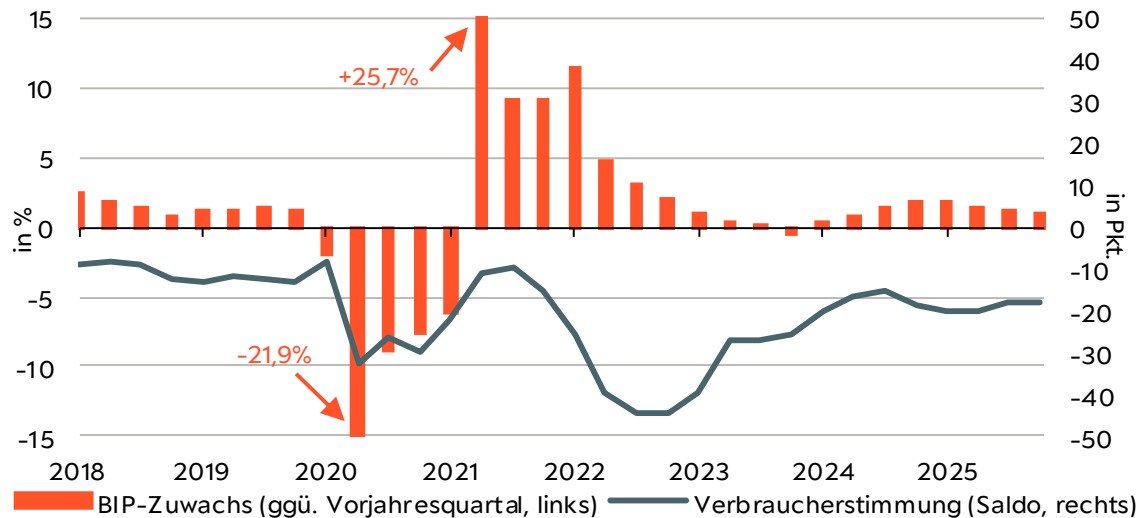
Zeitraum: 01/2018 – 02/2026

Großbritannien

Mini-Wachstum im Schlussquartal

- Die britische Wirtschaft ist im Schlussquartal lediglich um 0,1 % im Vergleich zum dritten Quartal gewachsen. Für das Gesamtjahr 2025 ergab sich daraus ein BIP-Wachstum in Höhe von 1,3 %. Zum Jahresende hin waren vor allem die Unternehmensinvestitionen und die Bautätigkeit schwach. Ersteres dürfte noch von den Cyberangriffen auf die Autoproduktion gegen Ende des dritten Quartals beeinflusst sein.
- Das Baugewerbe sowie der Immobilien- und Finanzsektor werden im Jahresverlauf voraussichtlich von weiteren Leitzinssenkungen der BoE profitieren. Der Aufschwung wird sich jedoch erst im Jahresverlauf 2026 manifestieren. Wir rechnen daher für das Gesamtjahr 2026 mit einem BIP-Wachstum von lediglich 0,9 %.

Großbritannien BIP-Wachstum (ggü. Vorjahr)

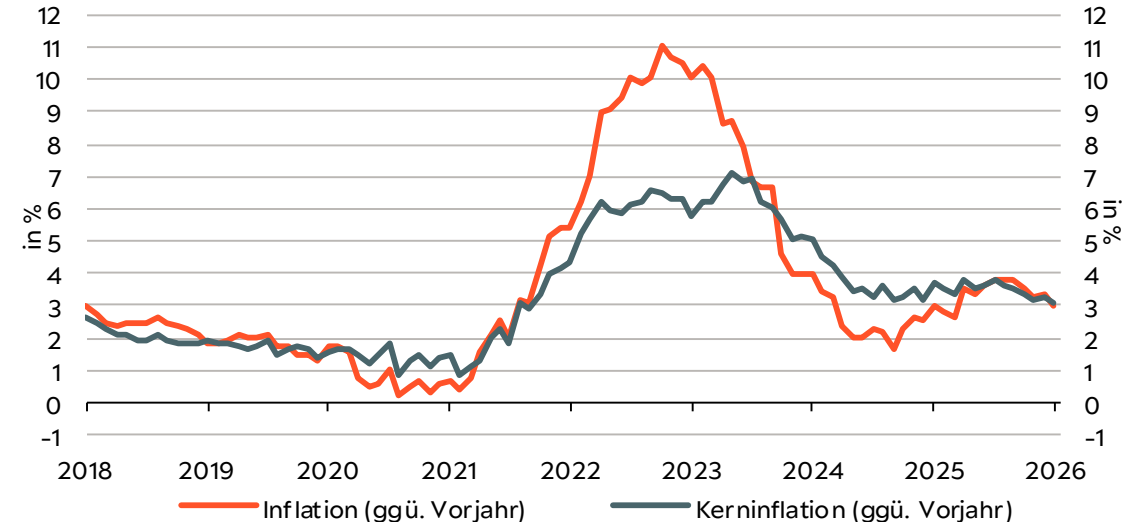


Zeitraum: 01/2018 – 12/2025

Preisdruck im Dienstleistungssektor macht der BoE weiter Sorge

- Die Inflationsrate ist im Januar im Vergleich zum Vorjahr von 3,4 % auf 3,0 % gesunken und hat damit den niedrigsten Stand seit März 2025 erreicht. Eine weitere Zinssenkung durch die Bank of England (BoE) bei ihrer nächsten Sitzung am 19. März ist jedoch alles andere als sicher. Die rückläufige Inflationsrate ist auf den abnehmenden Preisdruck bei Lebensmitteln und Energie zurückzuführen. Im Dienstleistungssektor sank die Inflationsrate im Januar hingegen lediglich von 4,5 % auf 4,4 %.
- Der März könnte sich daher als zu früh für eine weitere Zinssenkung erweisen. Wir rechnen damit, dass die BoE erst im April mit dem Zinssenkungszyklus fortfahren wird. Insgesamt erwarten wir bis zum Jahresende drei Zinssenkungen der BoE um jeweils 25 Basispunkte auf dann 3,0 %.

Großbritannien Inflation (ggü. Vorjahr)



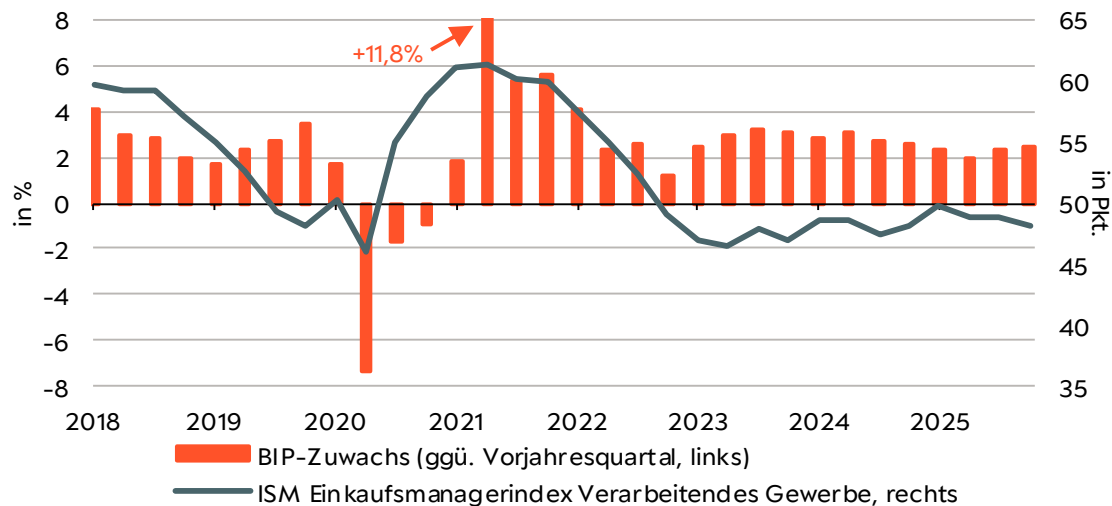
Zeitraum: 01/2018 – 01/2026

USA

Wirtschaftswachstum enttäuscht im Schlussquartal

- Mit auf das Jahr hochgerechneten 1,4 % hat das US-Wirtschaftswachstum im Schlussquartal 2025 enttäuscht. Der Shutdown hat jedoch bis zu einem Prozentpunkt aus dem BIP-Wachstum geschält. Dies wird im ersten Quartal voraussichtlich zu einem Großteil nachgeholt, sodass sich für das Gesamtjahr 2025 ein BIP-Wachstum von 2,2 % ergibt.
- Der KI-Boom und der private Konsum stützen weiterhin die Wirtschaft. Im Vorfeld der Zwischenwahlen wird Präsident Trump darüber hinaus mit allen Mitteln versuchen, das Wachstum und die Beschäftigung hochzuhalten. Die strikte Migrationspolitik und das Chaos rund um die US-Zölle schmälern aber das Wachstumspotenzial der USA. Für das Gesamtjahr 2025 rechnen wir daher nur mit einem BIP-Anstieg von 1,5 %.

USA BIP-Wachstum und Einkaufsmanagerindex

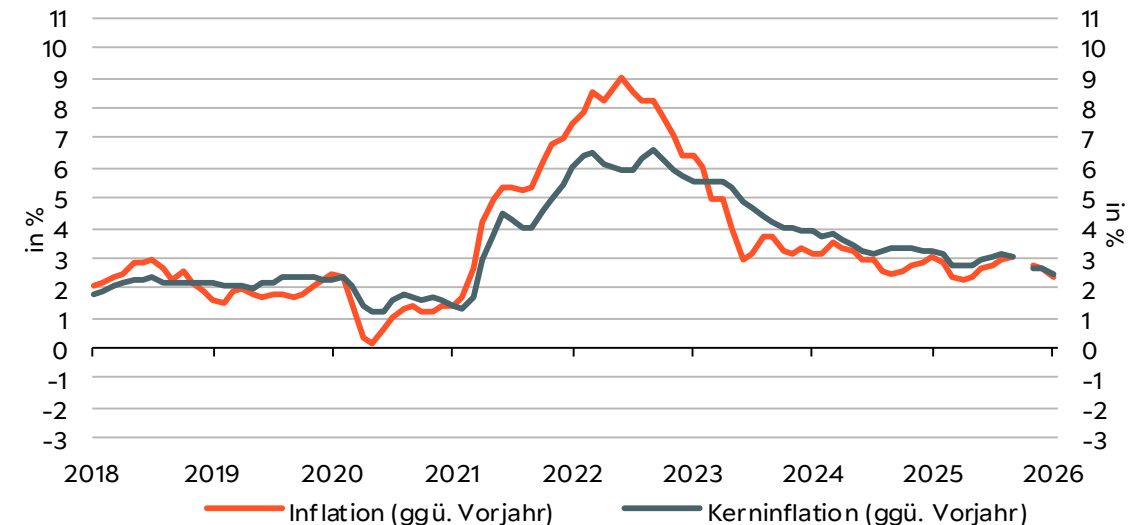


Zeitraum: 01/2018 – 12/2025

Wenig Spielraum für weitere Leitzinssenkungen

- Die von der US-Notenbank bevorzugte Inflationsrate, die PCE-Kerninflation, ist im Dezember von 2,8 auf 3,0 % gestiegen. Zeitgleich hat der Arbeitsmarkt zuletzt positiv überrascht: Die Arbeitslosenquote sank im Dezember auf 4,3 %. Der Spielraum für die Fed, den Leitzins weiter zu senken, ist daher sehr begrenzt. Auch an den Finanzmärkten wurden die Erwartungen für weitere Zinssenkungen zuletzt deutlich zurückgenommen.
- Unter dem aktuellen Fed-Chef Jerome Powell wird es daher voraussichtlich zu keiner weiteren Zinsänderung kommen. Im Juni wird dann voraussichtlich Kevin Warsh die Leitung der US-Notenbank übernehmen. Unter ihm könnte es möglicherweise noch eine letzte Leitzinssenkung um 25 Basispunkte auf dann 3,25 bis 3,5 % geben.

USA Inflation (ggü. Vorjahr)



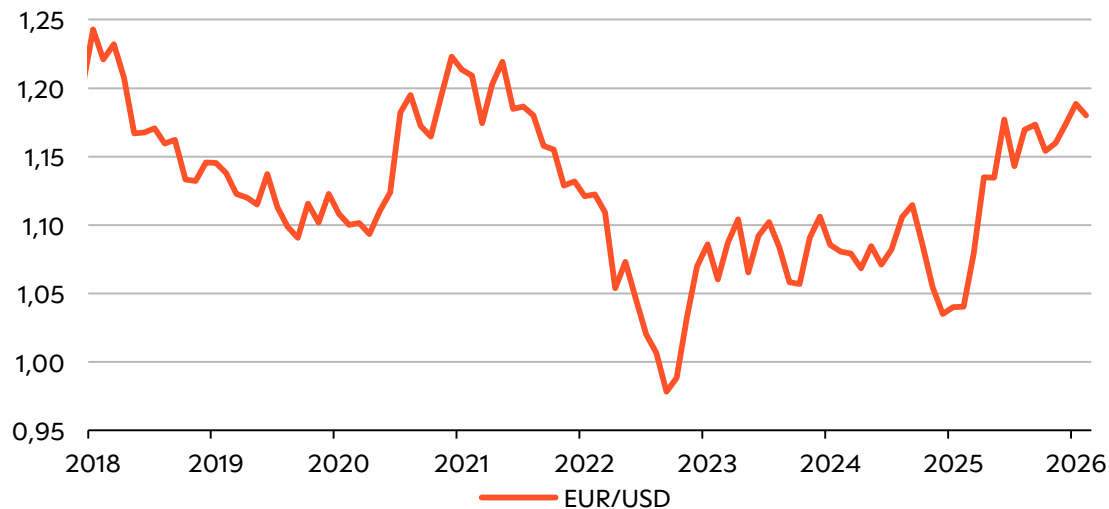
Zeitraum: 01/2018 – 01/2026

Marktentwicklung

US-Dollar stabilisiert sich auf schwachem Niveau

- Trumps Angriffe auf die Säulen der Demokratie und die Unabhängigkeit der Zentralbank haben den Dollar deutlich abwerten lassen. Hinzu kommt das in diesem Jahr voraussichtlich noch weiter abnehmende Zinsdifferential zwischen der Fed und der EZB und die rasant steigende US-Staatsverschuldung, die bei Investoren zunehmend für Unbehagen sorgt.
- Es spricht derzeit insgesamt wenig für den Greenback, auch wenn die Eskalation im Iran-Konflikt die Nachfrage nach dem sicheren Hafen US-Dollar zuletzt wieder etwas erhöht hat. Solange Trump im Vorfeld der Zwischenwahlen aber keine allzu großen Kapriolen schlägt, sollte die Abwertung des Dollars in diesem Jahr deutlich geringer ausfallen als 2025. Wir rechnen bis zum Jahresende mit einer weiteren Abwertung des Greenbacks gegenüber der Gemeinschaftswährung auf 1,23 Dollar pro Euro.

Wechselkurs EUR/USD

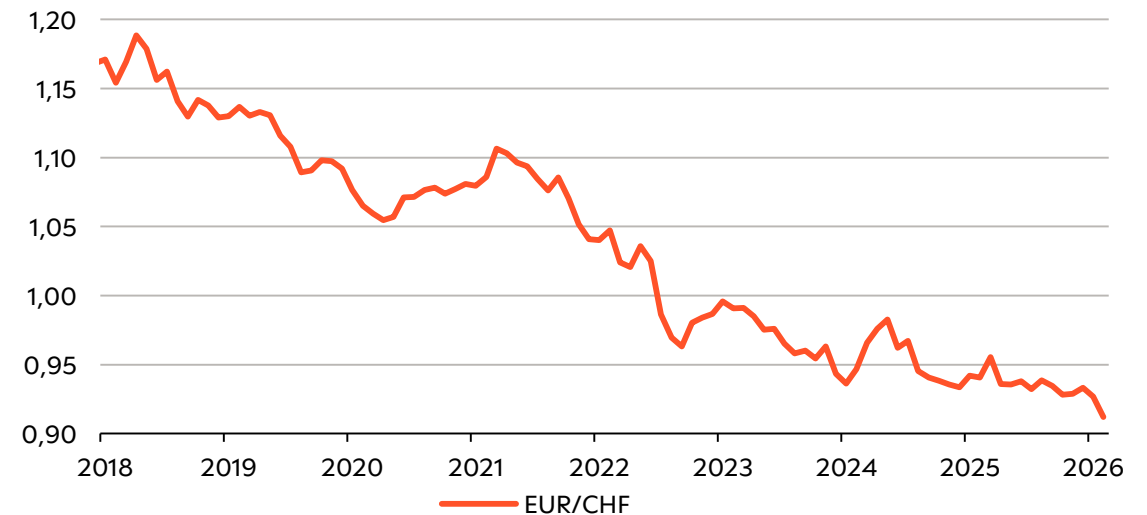


Zeitraum: 01/2018 – 02/2026

Franken klettert gegenüber dem Euro auf ein Allzeithoch

- Die globalen Unsicherheiten haben zu Jahresbeginn nicht nur die Preise der sicheren Häfen wie Gold und Silber stark ansteigen lassen, sondern auch zu einer Aufwertung des Schweizer Frankens geführt.
- Für die Schweizer Zentralbank (SNB) sind das schlechte Nachrichten. Ein starker Franken verbilligt die Importe und wirkt daher inflationsdämpfend. Und die Inflationsrate liegt bereits jetzt bei lediglich 0,1 %. Die Hürde, mit einer weiteren Zinssenkung gegenzusteuern, ist jedoch hoch. Schließlich liegt der Leitzins bereits seit Juli 2025 bei 0 %. Eine weitere Möglichkeit wäre ein Eingriff am Währungsmarkt. Dies könnte jedoch das Weiße Haus verärgern. Der SNB bleibt also derzeit nur die Hoffnung, dass sich die Lage im Iran beruhigt und sichere Häfen zukünftig weniger gefragt sind.

Wechselkurs EUR/CHF



Zeitraum: 02/2018 – 02/2026

Kapitalmarktprogноsen

			Aktuell	Prognose	
			02.03.2026	30.06.2026	31.12.2026
Aktienmärkte	USA	S&P 500	6.767	7.250	7.400
	Europa	DAX	24.721	25.500	26.000
		EURO STOXX 50	5.982	5.900	6.100
		MSCI Großbritannien	3.092	2.950	3.000
Rentenmärkte	USA	Fed Funds	3,50–3,75	3,25–3,50	3,25–3,50
		10 Jahre	3,96	4,30	4,60
	Euroland	Einlagesatz	2,00	2,00	2,00
		10 Jahre*	2,65	2,90	3,00
	Großbritannien	Bank Rate	4,00	3,50	3,00
		10 Jahre	4,32	4,25	4,10
Währungen	USA	EUR/USD	1,17	1,21	1,23
	Schweiz	EUR/CHF	0,91	0,93	0,93
	Großbritannien	EUR/GBP	0,88	0,88	0,89
	Japan	EUR/JPY	184	180	177

Wirtschaftliches Umfeld

	Anteil	BIP				Inflation				Arbeitslosenquote				Saldo Staatshaushalt			
		2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028
Welt*	100,0	2,6	2,5	2,3	2,3												
USA	26,4	2,2	2,1	1,5	1,4	2,7	2,8	2,5	2,8	4,3	4,3	4,1	4,0	-5,8	-6,3	-6,5	-6,5
China	16,9	5,0	4,3	4,0	4,0	0,1	0,9	1,4	1,6	5,1	5,0	5,0	5,0	-8,6	-8,5	-8,4	-8,3
Japan	3,6	1,1	0,5	1,0	1,0	3,2	1,8	1,9	1,7	2,5	2,4	2,4	2,4	-3,5	-3,3	-2,8	-2,4
Indien	3,5	6,5	6,7	6,2	6,0									-4,4	-4,3	-4,2	-4,1
Lateinamerika	6,1	2,5	2,5	2,3	2,2									-4,0	-3,8	-3,6	-3,3
Europa	24,5	1,5	1,3	1,6	1,4												
Eurozone	14,8	1,5	1,3	1,5	1,3	2,1	1,8	2,1	2,4	6,3	6,1	5,7	5,5	-3,2	-3,4	-3,3	-2,7
Deutschland	4,2	0,4	0,8	1,3	1,0	2,0	2,3	2,2	2,4	3,7	4,0	3,7	3,4	-2,4	-3,2	-3,3	-3,1
Frankreich	2,8	0,9	1,1	1,2	1,1	0,9	1,0	1,6	1,9	7,6	7,6	7,5	7,4	-5,4	-5,3	-4,8	-4,4
Italien	2,1	0,7	0,8	0,9	0,7	1,6	1,4	1,9	2,2	6,0	5,5	5,3	5,2	-2,9	-2,7	-2,4	-2,3
Spanien	1,6	2,8	2,4	2,4	2,1	2,7	2,1	2,2	2,3	10,5	9,7	9,1	8,7	-2,9	-2,6	-2,4	-2,4
Portugal	0,3	1,9	2,5	2,1	2,0	2,2	1,9	2,1	2,3	6,0	5,5	5,4	5,3	-0,1	0,0	0,0	-0,7
Anderes Westeuropa																	
Großbritannien	3,3	1,3	0,9	1,6	1,7	3,4	2,4	2,0	2,3	4,9	5,3	4,9	4,4	-5,1	-4,0	-3,4	-3,0
Schweiz	0,8	1,2	1,3	1,5	1,3	0,3	0,6	0,9	1,1	2,9	2,9	2,8	2,7	0,4	0,3	0,2	0,2
Schweden	0,5	1,4	2,2	2,3	1,7	0,8	1,0	1,8	2,0	8,7	8,4	7,8	7,5	-1,6	-1,8	-1,4	-1,2
Osteuropa																	
Russland	2,0	0,8	0,5	0,4	0,0	9,0	7,0	6,0	5,0	2,4	2,8	3,0	3,0	-2,7	-3,0	-2,5	-2,0
Türkei	1,2	3,5	3,5	3,0	2,8	35,0	25,0	20,0	18,0	8,4	8,5	8,5	8,5	-3,0	-3,5	-3,5	-3,5

Quelle: Arbeitslosigkeit: ILO/Eurostat Definition; Saldo Staatshaushalt in % des BIP

*Zu tatsächlichen Wechselkursen nicht Kaufkraftparität KKP würde den schnell wachsenden Schwellenländern mehr Gewicht beimessen

11 Anteile basieren auf BIP-Zahlen des IWF World Economic Outlook 2025

